

Wir wollen keine neuen Kriege Spart endlich an der Rüstung

Wir demonstrieren für eine vorausschauende Friedenspolitik, die auf Abrüstung und Beseitigung von Konfliktursachen setzt. Alle bisherigen Versuche, die Probleme der Welt militärisch zu lösen sind opferreich gescheitert. Krieg darf kein Mittel der Politik mehr sein

Die Androhung von Atomwaffeneinsätzen bedeutet eine gefährliche Eskalation der Gewaltspirale. Entsprechende Konzepte verstoßen nicht nur gegen das Gewaltverbot der UN-Charta, sie schließen eine Kriegsführungsstrategie ein, die das Überleben der menschlichen Zivilisation riskiert.

Angesichts der wachsenden Zahl Kernwaffen besitzender Staaten müssen die Atomwaffen abgeschafft werden. Wer von anderen Staaten verlangt, keine Atomwaffen zu entwickeln, muss selbst mit der Abrüstung seines Atomwaffenpotentials ernst machen. Die auf deutschem Boden stationierten US-Kernwaffen müssen abgezogen werden. Erforderlich ist auch ein deutscher Verzicht auf nukleare Teilhabe.

Der von der Bundeskanzlerin beabsichtigte enge Schulterschluss mit der Bush-Administration ist mit der deutschen Verantwortung für den Frieden nicht vereinbar. Die Annäherung an die US-Kriegspolitik gegen den Irak muss gestoppt, die Unterstützung des Krieges durch Logistik, Ausbildung von irakischen „Sicherheitskräften“ usw. ist einzustellen. Die US-Regierung muss daran gehindert werden, neue Kriege in Syrien und Iran anzuzetteln.

Deutschland befindet sich auf einem gefährlichen Weg zu einer hoch gerüsteten Militärmacht mit weltweiten militärischen Ambitionen. Die offensivere Formulierung geostrategischer Ziele außerhalb des Nato-Bereichs und die Weiterführung milliardenschwerer Rüstungsprojekte für Auslandseinsätze der Bundeswehr stehen für eine Verschärfung des außen- und sicherheitspolitischen Kurses. Wir brauchen keine Auslandseinsätze der Bundeswehr und keine neuen, dafür geeignete Waffen.

Nach dem Scheitern der geplanten EU-Verfassung verlangen wir, Schluss zu machen mit der Militarisierung der Europäischen Union, die insbesondere im Aufbau zusätzlicher multinationaler Gefechtsverbände, der Verbesserung ihrer militärischen Fähigkeiten und einer Rüstungsagentur ihren Ausdruck findet

Terror und kriminelle Gewalt können nicht mit Krieg und Militär bekämpft werden. Der ausgeweitete „Anti-Terrorkampf“ ist selbst Terror und steigert die Spirale der Gewalt. Keine Regierung hat das Recht, zur Durchsetzung machtpolitischer und wirtschaftlicher Interessen überall dort Kriege zu führen, wo es ihr angebracht erscheint.

Innenpolitisch wird der sog. Kampf gegen den Terror zunehmend mit dem Abbau demokratischer Grundrechte verbunden. So soll die Bundeswehr auch im Inneren eingesetzt werden. Der Innenminister will auch Informationen verwenden, die durch Folter beschafft werden.

- Wir wollen keine kostspieligen neuen Rüstungsprojekte wie Eurofighter oder Militärtransportflugzeuge. Wir fordern wirksame Instrumente zur zivilen Konfliktlösung
- Wir wollen keine Beteiligung an stattfindenden und weiteren Kriegen. Wir fordern den Rückzug der deutschen Truppen von Auslandseinsätzen
- Wir wollen keine EU-Armee. Wir wollen die friedliche Zusammenarbeit der europäischen Staaten und Völker
- Wir wenden uns gegen einen Einsatz der Bundeswehr im Innern.
- Wir wollen die Respektierung des Völkerrechts statt Einmischung und Präventivkriege
- Wir verlangen die Abschaffung aller Atomwaffen weltweit.
- Wir wenden uns unmissverständlich und grundsätzlich gegen einen Angriff auf den Iran und insbesondere gegen die deutsche Unterstützung der Droheskalation.

Wir wollen eine friedliche Gesellschaft, globale Gerechtigkeit, statt militärischer Vorherrschaft, wir wollen die Respektierung des Völkerrechts statt Einmischung und Präventivkriege. Wir brauchen vorrangig öffentlich geförderte Arbeitsplätze und Investitionen in Kinderbetreuung, Bildung, Gesundheit und Umweltschutz.

Der Sozialstaat wird nicht am Hindukusch, sondern gegen die Mächtigen in Wirtschaft, Politik und Publizistik verteidigt.

Wir wollen Frieden, Abrüstung, Demokratie und soziale Gerechtigkeit.

Ostermarsch 2006

An die Organisationen und Initiativen
der hessischen Friedensbewegung

Liebe Freundinnen, liebe Freunde

Für die vom 14. bis zum 17. April 2006 stattfindenden Ostermärsche erhoffen sich die Friedensinitiativen eine stärkere Beteiligung der Gewerkschaften, um den Zusammenhang von Sozialabbau und Rüstungspolitik auch in Frankfurt demonstrativ deutlich zu machen.

Der Frankfurter Ostermarsch 2006 steht unter der Überschrift: „**Wir wollen keine neuen Kriege - Spart endlich an der Rüstung.**“ Diesen Aufruf bitten wir zu unterstützen und zu verbreiten.

Der Beginn des Ostermarschabschlusses ist am Ostermontag, 17. April 2006 an folgenden Orten geplant:

10.00 Uhr Darmstadt (Fahrrad-Demonstration)
10:30 Uhr Rödelheim, Bahnhof
11.30 Uhr Bockenheimer Depot
11:00 Uhr Offenbach, Stadthof (Rathaus)
11:30 Uhr Niederrad, Bruchfeldplatz
11:30 Uhr Eschersheim, Am Weißen Stein

Von dort aus demonstrieren die Friedensinitiativen auf verschiedenen Routen zum Römerberg. Hier findet ab 13.00 die Antikriegskundgebung statt.

Der Aufruf zum diesjährigen Ostermarsch soll als Anzeige am Donnerstag, 13. April 2006 erscheinen und von Organisationen und Initiativen aber auch von vielen Menschen aus der Friedensbewegung unterschrieben und unterstützt werden.

Ich/Wir unterstütze/n diese Anzeige und beteilig/n uns/mich mit einer Spende an der Finanzierung (Mindestbeitrag 15,- €, Organisationen und Initiativen 30,- €). Den Betrag werde ich auf das Ostermarsch-Konto Kt. Nr.: 2613655000 bei der SEB Frankfurt (BLZ 500 101 11) Sichwort: „Ostermarsch“ überweisen.

Name	Vorname	PLZ, Ort	Strasse	Betrag
------	---------	----------	---------	--------

Auch Frieden kostet Geld - Der Ostermarsch wird durch Spenden finanziert: Sonderkonto Ostermarsch Kto.-Nr.: 2613655000, SEB-Bank (BLZ 50010111)

**Ostermarschbüro c/o Gewerkschaftshaus, Wilhelm-Leuschner-Straße 69-77, Tel.: 069/24249950, Fax: 069/24249951
e-mail: Frieden-und-Zukunft@t-online.de
<http://www.ostermarsch.info>**

